

Fritz Breuss

Langsame Erholung der internationalen Konjunktur

Die Weltkonjunktur entwickelt sich weiter uneinheitlich. Der Konjunkturzyklus ist sowohl innerhalb der Gruppe der Industrieländer als auch zwischen den Weltregionen (Industrie-, Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer) asynchron. Während die Wirtschaft in Nordamerika und Großbritannien im Aufschwung begriffen ist, befindet sie sich im übrigen Westeuropa und in Japan in einer Rezession. Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer hat sich von 1 $\frac{3}{4}$ % 1992 auf 1% 1993 verlangsamt, der Tiefpunkt wurde im 1. Halbjahr 1993 mit + $\frac{3}{4}$ % erreicht. Dabei überdeckt die positive Entwicklung in den USA den Wachstumseinbruch in Europa. Im selben Zeitraum beschleunigte sich das Wachstum der Produktion der Weltwirtschaft von 1,7% auf 2 $\frac{1}{4}$ %.

Die leichte Konjunkturabschwächung in den Industrieländern und die starken Produktionseinbrüche in den osteuropäischen Ländern wurden durch eine beschleunigte Entwicklung in den Entwicklungsländern mehr als wettgemacht. Unter ihnen sind die Schwellenländer Ostasiens die Region mit der weltweit stärksten Wachstumsdynamik. Das reale Wachstum des BIP Asiens beschleunigte sich von 6% 1991 auf 7 $\frac{3}{4}$ % 1992 und 8 $\frac{3}{4}$ % 1993. Die Entwicklungsländer in Afrika weisen im Durchschnitt ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum auf (1992 und 1993 $\frac{1}{2}$ % bis 1 $\frac{1}{2}$ %), in Lateinamerika ist die Rate ungefähr doppelt so hoch.

Ende 1993 wurden wichtige integrationspolitische Weichen für die Zukunft gestellt: In Nordamerika tritt am 1. Jänner 1994 die NAFTA (North

Das Wachstum der Weltwirtschaft beträgt 1993 2 $\frac{1}{4}$ %, in den Industrieländern 1%. Einem Aufschwung in den USA und Großbritannien steht eine Rezession im übrigen Westeuropa und Japan gegenüber. Ende 1993 wurden wichtige integrationspolitische Weichen für die Zukunft gestellt: Die EG hat sich Ende 1993 zur Europäischen Union gewandelt, der EWR tritt Anfang 1994 in Kraft. In Nordamerika wird ab 1994 die NAFTA wirksam. Sowohl die EG als auch die EFTA haben mit den osteuropäischen Ländern Freihandelsabkommen geschlossen. Der Abschluß der Uruguay-Runde des GATT steht bevor. Mittel- bis langfristig müßten daraus Wachstumseffekte resultieren. Kurzfristig wirkt die Vorbereitung auf die Wirtschafts- und Währungsunion (restriktive Fiskalpolitik in den Weichwährungsländern) eher wachstumshemmend. Der für 1994 erwartete Aufschwung wird daher unüblich schwach ausfallen. Das reale BIP der Industrieländer wird um 2 $\frac{1}{4}$ % zunehmen und 1995 eine Rate von 2 $\frac{3}{4}$ % erreichen. Die Inflation bleibt niedrig, die Arbeitslosigkeit steigt bis 1994. Der Welthandel gewinnt langsam an Dynamik.

American Free Trade Agreement) zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft. In Europa wurde nach einiger Verzögerung am 1. November 1993 der Vertrag über die Europäische Union (EU) — der Maastrichter Vertrag — in Kraft gesetzt. Am 1. Jänner 1994 wird, ebenfalls verzögert (durch den negativen Volksentscheid in der Schweiz), der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zwischen EU- und EFTA-Staaten wirksam werden. Zusätzlich haben sowohl die EG als auch die EFTA mit einigen osteuropäischen Staaten (Po-

len, Tschechien, Slowakei, Ungarn) Freihandelsabkommen geschlossen, die teilweise interimistisch bereits in Kraft sind bzw. in Kürze wirksam werden. Zum einen müßten daraus (mittelfristig) Wachstums- und Wohlfahrtseffekte für die jeweils betroffenen Regionen resultieren. Zum anderen hatte bereits die Ankündigung der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) kurzfristig eine Reihe von Effekten auf die Makropolitik (Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik)

Das lange als stabil geltende Europäische Währungssystem (EWS) geriet im September 1992 erstmals unter Druck (Lira und Pfund Sterling schieden aus dem Wechselkursmechanismus aus, andere Währungen werteten ab) und mußte schließlich mit der Ausweitung der Interventionsbandbreite von 2 $\frac{1}{4}$ % auf 15% Anfang August 1993 dem internationalen Spekulationsdruck nachgeben. Die Krisen des EWS haben letztlich nur die Währungen des mitteleuropäischen Hartwährungsblocks (DM, holländischer Gulden, Schilling und Schweizer Franken) unbeschadet überstanden (Abbildung 2). Durch das De-facto-Floating der Wechselkurse im EWS hat sich die Instabilität in Europa bezüglich der Preis- und damit der Wettbewerbssituation erhöht. In Vorbereitung auf die WWU schlagen jene Staaten, die die Konvergenzkriterien für die Teilnahme an der WWU — insbesondere jene bezüglich der Kriterien Budgetdefizit und Staatsverschuldung — weit verfehlen, eine restriktive Budgetpolitik ein. Die durch die Liberalisierung im Rahmen des Binnenmarktes erwarteten Wachstumseffekte werden damit durch fis-

Arbeitslosenquote und Inflation

Übersicht 2

	Arbeitslosenquote ¹⁾				Verbraucherpreise ²⁾			
	1992	1993	1994	1995	1992	1993	1994	1995
	in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
USA	7,4	6,8	6,5	6,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0
Japan	2,2	2,5	3,0	2,8	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,8
Deutschland	7,7	9,0	10,5	10,8	+ 4,7	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,3
Frankreich ³⁾	10,4	11,8	12,5	12,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8
Italien ³⁾	9,8	9,8	10,3	10,5	+ 5,2	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,8
Großbritannien ³⁾	9,9	10,5	10,0	9,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,5
Kanada	11,2	11,3	11,0	10,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5
Große Industrieländer	7,2	7,3	7,5	7,3	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,5
Spanien ³⁾	18,1	22,5	23,5	23,0	+ 5,9	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,5
Australien	10,8	11,0	10,8	10,5	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,0
Niederlande ³⁾	6,8	8,5	9,5	9,8	+ 3,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3
Türkei	7,9	8,5	9,5	10,8	+66,3	+63,0	+61,0	+60,0
Belgien ³⁾	7,8	9,5	10,5	10,8	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,5
Schweiz	2,5	4,5	5,0	4,5	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,3
Schweden	4,8	7,5	8,5	7,8	+ 2,3	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,8
Österreich	3,6	4,7	5,2	4,3	+ 4,1	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,8
Dänemark ³⁾	11,3	12,5	12,0	11,3	+ 2,1	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,0
Portugal ³⁾	4,1	5,0	6,0	6,0	+ 8,9	+ 6,5	+ 5,5	+ 5,0
Finnland	13,0	18,3	20,0	20,3	+ 2,9	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,0
Griechenland ³⁾	9,2	10,3	11,0	11,8	+15,9	+14,5	+12,5	+12,0
Norwegen	5,9	6,0	6,0	5,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,5
Neuseeland	10,3	9,8	9,3	9,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8
Irland ³⁾	16,1	17,0	17,3	17,3	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,0
Luxemburg ³⁾	1,5	2,3	2,8	2,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,5
Island	3,0	4,5	5,0	5,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,3	+ 1,5
Kleine Industrieländer	9,8	11,8	12,5	12,5	+ 9,6	+ 8,8	+ 9,5	+ 8,0
OECD insgesamt	7,6	8,0	8,3	8,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,3
OECD-Europa	9,4	10,8	11,5	11,5	+ 6,2	+ 5,3	+ 5,0	+ 4,5
EG	9,9	11,3	12,0	12,0	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,8
EFTA	5,2	7,5	8,0	7,8	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,5

Q: OECD IMF EG, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ In Prozent der Erwerbspersonen — ²⁾ Neue Gewichtung mit Anteilen am privaten Konsum in Kaufkraftparitäten; Inflationsrate ohne Türkei: OECD insgesamt 1992 + 3,2% (OECD-Europa + 4,2%) 1993 + 2,8% (+ 3,3%), 1994 + 2,8% (+ 3,3%) und 1995 + 2,5% (+ 2,8%). — ³⁾ Berechnung der Arbeitslosenquote auf Basis der EG-Arbeitskräfteerhebung siehe „Methoden und Definitionen der Arbeitskräfteerhebung“ Eurostat 1988

und 2,8% 1993). Auch 1994 und 1995 wird die Inflationsrate weiter leicht sinken (auf 2,5% 1995) Ob jene Länder die im Zuge der EWS-Turbulenzen seit dem Vorjahr stark abgewertet haben, bereits in den kommenden zwei Jahren mit einem rascheren Preisauftrieb rechnen müssen als die Hartwährungsländer, läßt sich aus der gegenwärtigen Prognose noch nicht ablesen (Abbildung 2, Übersicht 2).

Die Rohwarenpreise gaben 1993 merklich nach und werden sich auch im kommenden Jahr kaum erholen. Die Arbeitsgruppe „Rohstoffpreise“ der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) nimmt an, daß die Rohwarenpreise (ohne Energierohstoffe, auf Dollarbasis) 1993 um 10% sinken (nach -3% 1992) und 1994 im Zuge der mäßigen Nachfragebelebung in den Industriestaaten um 1% steigen werden (Übersicht 3) Mit der weltweiten Konjunk-

Angesichts der schweren Rezession und der steigenden Arbeitslosigkeit hat die EG-Kommission ein „Weißbuch zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ vorgelegt, das anlässlich des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1993 verabschiedet werden soll Ziel ist es, durch wachstumsstimulierende Maßnahmen (Steigerung der Investitionsquote von gegenwärtig 19% auf 23% bis 24%; Umschichtung der Besteuerung des Faktors Arbeit auf jene des Faktors Kapital bzw Umwelt um 1% bis 2% des BIP) sowie durch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EG gegenüber Drittstaaten (durch Abwertung der Währungen der EG-Staaten gegenüber Nicht-EG-Staaten) bis zur Jahrtausendwende 15 Mill neue Arbeitsplätze zu schaffen und so die Arbeitslosenquote in der EG von derzeit 11% auf 5% zu senken. Dazu wäre allerdings ein reales Wirtschaftswachstum von jährlich 3% notwendig

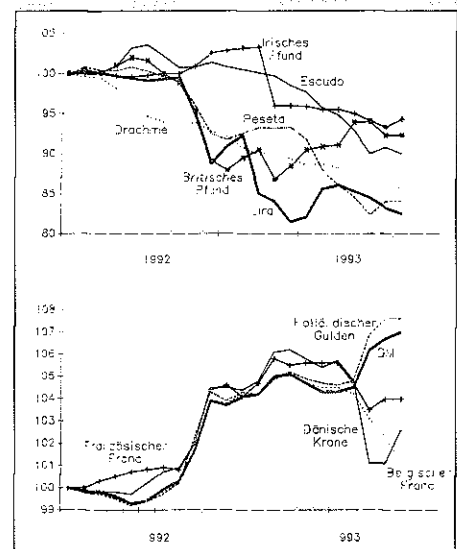
Die schwere Rezession in Europa und in Japan bringt die Löhne unter Druck Die jüngsten Lohnabschlüsse

Inflation weiter rückläufig

in Deutschland in Kombination mit verschiedenen Varianten der Arbeitszeitverkürzung (4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich bei VW) haben Signalwirkung für andere europäische Konkurrenten in Deutschland, Griechenland Portugal und in Österreich stiegen die Lohnstückkosten 1993 mehr als doppelt so stark wie im OECD-Durchschnitt. Dies ist mit ein Grund, warum in diesen Ländern trotz des bedeutenden Nachfrageausfalls die Inflation kaum verringert werden konnte Überdies wurde in Deutschland der Normalsatz der Mehrwertsteuer am 1. Jänner 1993 um 1 Prozentpunkt erhöht.

Insgesamt hat sich die Inflation in der OECD (ohne Türkei) deutlich zurückgebildet (von 4,5% 1991 auf 3,2% 1992

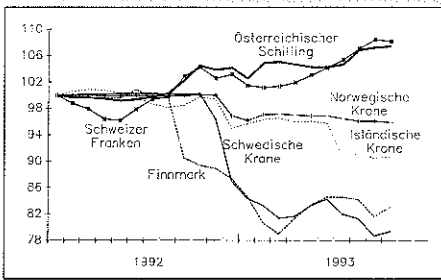
Turbulenzen der EWS-Währungen *Abbildung 2*
ECU je Landeswährung, Jänner 1992 = 100



Anstieg bedeutet eine Aufwertung, Sinken eine Abwertung gegenüber dem ECU. — Das Europäische Währungssystem (EWS) machte 1992 und 1993 im Vorfeld der Ratifizierung der Verträge von Maastricht zwei große Krisen durch. Im September 1992 schieden Lira und Pfund aus dem Wechselkursmechanismus aus (die griechische Drachme hatte nie daran teilgenommen) und werteten gleichzeitig ab. In der Folge werteten auch die meisten anderen EWS-Währungen ab. Der massive Druck der Großspekulanten erzwang schließlich im August 1993 eine Erweiterung der Interventionsbandbreiten im EWS auf 15%. Seither hat sich die Kursentwicklung beruhigt. Innerhalb der EG haben lediglich die DM und der holländische Gulden die EWS-Turbulenzen unbeschadet überstanden.

EWS-Krisen: Folgen für die EFTA-Währungen *Abbildung 3*

ECU je Landeswährung, Jänner 1992 = 100



Anstieg bedeutet eine Aufwertung, Sinken eine Abwertung gegenüber dem ECU. — Mit Ausnahme des Schweizer Frankens und des Schillings mußten infolge der EWS-Krisen alle EFTA-Länder ihre Währungen abwerten. Die größte Korrektur war in Finnland und Schweden notwendig.

turschwäche und dem Überangebot verfiel heuer der Erdölpreis. Die OPEC selbst hat kaum ihre — reduzierten — Förderquoten von 24,52 Mill. Barrel pro Tag eingehalten. Eine Verlängerung bis zum Frühjahr 1994 wurde im November 1993 beschlossen. Zudem haben die Nordseeanbieter das Weltangebot aufgebläht. Der Marktpreis ist bis Anfang Dezember auf unter 14 \$ pro Barrel verfallen. Das WIFO geht von folgender Entwicklung der Erdölpreise (OECD-Importpreise) aus: 1992 17,5 \$ je Barrel, 1993 15,5 \$, 1994 15,5 \$ und 1995 16 \$. Die realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) der Rohstoffanbieter haben sich seit Anfang der siebziger Jahre (gemessen am Preisverhältnis von Nichterdölrohstoffen zu Industriegütern) halbiert, jene des Erdöls erreichten 1993 wieder das Niveau von Anfang 1974, nachdem sie durch die Schocks Ende 1974 auf einen Indexwert von 250 und 1981 von 450 gestiegen waren (Ende 1973 = 100)

Welthandel im Zeichen zunehmender Regionalisierung

Der Welthandel hat durch die Nachfrageschwäche in den Industriestaaten 1993 an Dynamik verloren (+3% nach +5% 1992). Während sich die Entwicklung außerhalb der OECD (insbesondere in Asien — zweistellige Zuwachsraten — und Lateinamerika) kaum abschwächte, schrumpfte der Intra-OECD-Handel heuer um 3/4% (nach +3% 1992). Die Exporte der osteuropäischen Länder holten nach

Entwicklung der Weltmarktrohstoffpreise

Übersicht 3

HWWA-Index

	Gewicht In %	1992	1993	1994
Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Insgesamt	100,0	- 1	- 9	- 2
Ohne Energierohstoffe	36,8	- 3	-10	+ 1
Nahrungs- und Genußmittel	15,9	± 0	+ 2	+ 3
Getreide	4,6	+ 6	- 5	+ 1
Ölsaaten, Öle	2,9	+ 5	+ 3	- 6
Genußmittel Zucker	8,4	- 6	+ 6	+ 8
Industrierohstoffe	20,9	- 4	-14	+ 4
Agrarische Industrierohstoffe	10,2	- 7	-17	+ 4
NE-Metalle	6,1	- 1	-14	+ 6
Eisenerz Schrott	4,6	- 2	- 5	- 1
Energierohstoffe	63,2	± 0	- 8	- 4
Kohle	5,5	+11	- 4	+ 1
Rohöl	57,7	- 1	- 9	- 5

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg; auf Dollarbasis gewichtet mit Warenimporten der Industrieländer. Prognose 1993-1994: AIECE Arbeitsgruppe für Weltmarktpreise

ihrem Einbruch 1992 etwas auf, lagen aber 1993 immer noch unter dem Vorjahresniveau. Deren Importe wuchsen dagegen heuer bereits (Übersicht 4). Als Folge dieser regional unterschiedlichen Handelsentwicklung konnte die OECD insgesamt ihr Leistungsbilanzdefizit verringern, während es in der OPEC, den sonstigen Entwicklungsländern (wegen der hohen Importdynamik und der Verschlechterung der Terms of Trade) sowie in Osteuropa und der GUS zunahm. Japans Überschuss ist trotz Verlangsamung des Exportwachstums weiter gestiegen. In

den kommenden Jahren wird mit der erwarteten Konjunkturbelebung in den Industriestaaten das Defizit der OECD-Länder wieder steigen, jenes der OPEC sowie der sonstigen Entwicklungsländer sinken. Nur Osteuropa und die GUS müssen mit einem weiteren Anwachsen des Defizits rechnen. In Japan wird sich der Überschuss auf hohem Niveau stabilisieren. Entsprechend der Konjunkturerholung in den Industriestaaten werden der Welthandel und der Intra-OECD-Handel beschleunigt expandieren (Übersicht 4).

Entwicklung des Welthandels

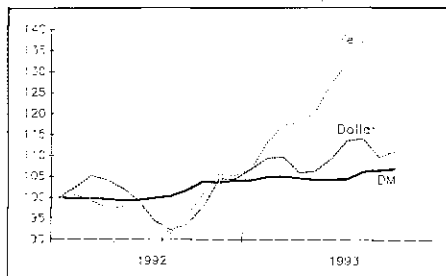
Übersicht 4

	1992	1993	1994	1995
Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Welthandel, real	+ 5	+ 3	+ 5 1/2	+ 6 1/2
Industrieländer				
Exporte	+ 4	+ 1 1/2	+ 4	+ 5 1/2
Importe	+ 4 1/2	+ 1 1/4	+ 4 1/4	+ 5
Intra-OECD-Handel (Ø Exporte/Importe)	+ 3	- 3/4	+ 2	+ 4 1/4
OPEC				
Exporte	+ 8 1/4	+ 5	+ 4 1/4	+ 5 1/4
Importe	+ 4 1/2	+ 2	+ 3 1/2	+ 3 1/2
Sonstige Entwicklungsländer				
Exporte	+ 10	+ 9 1/2	+ 9 1/2	+ 9 1/4
Importe	+ 10 1/4	+ 9 1/2	+ 9	+ 8 1/4
Osteuropa und GUS				
Exporte	- 11 1/2	- 2	+ 6 1/2	+ 11 1/4
Importe	- 11 1/4	+ 2 1/2	+ 9 1/2	+ 10 1/2
Leistungsbilanzsaldo				
OECD-Länder	- 30	- 28	- 39	- 38
USA	- 68	-107	-135	-152
Japan	+118	+141	+140	+137
BRD	- 16	- 23	- 23	- 21
OECD-Europa	- 47	- 30	- 13	+ 6
OPEC-Länder	- 23	- 35	- 27	- 27
Sonstige Entwicklungsländer	- 42	- 48	- 48	- 40
Osteuropa und GUS	- 5	- 9	- 13	- 14
Welt ¹⁾	-100	-119	-127	-119

Q: OECD, AIECE, IMF. — ¹⁾ Welt (= Statistische Differenz) = OECD + OPEC + Sonstige Entwicklungsländer (Nicht-OPEC) + Osteuropa und GUS

Weltwährungen im Verlauf der EWS-Krisen *Abbildung 4*

ECU je Landeswährung, Jänner 1992 = 100



Anstieg bedeutet eine Aufwertung, Sinken eine Abwertung gegenüber dem ECU.

Die jüngsten welthandelspolitischen Ereignisse lassen vermuten, daß die im Rahmen des GATT präferierte Philosophie der weltweiten Handelsliberalisierung zunehmend durch eine Regionalisierung des Welthandels abgelöst werden könnte. In den Jahren 1993/94 werden einschneidende Schritte in diese Richtung gesetzt, die die weltweiten Handelsströme in den kommenden Jahren entscheidend beeinflussen könnten. In Europa werden der Binnenmarkt und in der Folge die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Europa-Zentrierung beitragen, in Nordamerika wird die NAFTA die Handelsströme umlenken, mit der künftigen (bisher noch losen) Kooperation im Rahmen der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) entsteht ein weiterer potenter regionaler Freihandelsblock im pazifischen Raum. Durch die „Europaverträge“ von EG und EFTA mit den Oststaaten ist ein handelsschaffender Effekt im West-Ost-Handel zu erwarten. Als handelspolitische Klammer über diese regionalen Freihandelsbemühungen könnte der Abschluß der Uruguay-Runde im Rahmen des GATT dienen. Er sollte laut Schätzungen der OECD und Weltbank mittel- bis langfristig erhebliche Wachstums- und Wohlfahrtseffekte bringen.

Mit dem Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes am 1. Jänner 1993 ergibt sich für den Intra-EG-Handel eine zweifache Änderung. Zum einen wurde durch die Abschaffung der Grenzkontrollen die statistische Erfassung der Handelsströme in die Unternehmen zurückverlagert, zum anderen ist der Intra-EG-Handel nicht mehr Außen-

handel und Teil des Welthandels, sondern nur noch Binnenhandel. Für die Statistik hat das folgende Konsequenzen (siehe AIECE Working Group on World Trade 1992-1994):

- Das Volumen des Welthandels schrumpft (gemessen am Wert) um rund 1 000 Mrd. \$ (−27%; 1992 3 700 Mrd. \$).
- Der Anteil der OECD-Länder sinkt von 70% auf 60%.
- Der Welthandel wird im Durchschnitt rascher wachsen, da der Intra-EG-Handel in den letzten Jahren immer unterproportional zugenommen hat.
- Die Rangfolge der führenden Exporteure ändert sich: 1992 hatten die USA mit 12,1% den größten Anteil vor Deutschland mit 11,6% und Japan mit 9,2%. Schließt man den Intra-EG-Handel aus, so lautet die Rangfolge: EG (19,9%), USA (16%) und Japan (12%).

Verhaltener Aufschwung in den USA

Nach dem überraschend starken Wachstumsschub in der zweiten Jahreshälfte 1992 (reales BIP Jahresrate +4%)¹⁾ und der neuerlichen Verlangsamung im 1. Halbjahr 1993 hat die Konjunkturerholung in den USA wieder an Dynamik gewonnen (reales BIP I Quartal 1993 +0,8%, II Quartal +1,9%, III Quartal +2,7%; Jahresraten). Dennoch ist, gemessen am Tempo früherer Erholungsphasen in den USA, der gegenwärtige Aufschwung besonders verhalten. Mehrere Faktoren sind dafür verantwortlich: Der Staatshaushalt bedarf der Konsolidierung, die Rüstungsausgaben wurden deutlich gekürzt, steigende Defizite zwingen Städte und Bundesstaaten, ihre Ausgaben einzuschränken, und das Exportwachstum blieb enttäuschend. Die Beschleunigung der Konjunktur im Herbst hatte eine Ausweitung der Beschäftigung und eine Stabilisierung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Inflationsrate lag bei rund 3%. Zu Beginn des IV Quartals stiegen Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze (besonders die Autverkäufe) kräftig.

Statistische Erfassung des Intra-EG-Handels im EG-Binnenmarkt

Die statistische Erfassung des Intra-EG-Handels wurde mit 1. Jänner 1993 umgestellt. An der Grenze werden nur noch Handelsströme mit Drittstaaten erfaßt. Daten über den Intra-EG-Handel müssen nun direkt von den exportierenden und importierenden Unternehmen an die statistischen Ämter geliefert werden. Um den administrativen Aufwand zu mildern, müssen Exporte und Importe unter bestimmten Schwellenwerten nicht gemeldet werden. Nicht nur dadurch, sondern auch durch die schleppende Meldung einiger EG-Mitgliedstaaten sind die Intra-EG-Handelsströme des Jahres 1993 deutlich unterschätzt und daher mit jenen des Vorjahres nicht vergleichbar. Um den statistischen Bruch zu überbrücken, werden für die Prognose der Intra-EG-Handelsströme ökonomische Schätzungen mit Export- und Importfunktionen herangezogen.

Die Geldpolitik versucht durch niedrige Zinsen die Konjunktur anzuregen. Eine weitere Lockerung ist möglich, weil die Inflationsgefahr gebannt ist und die Haushaltskonsolidierung Fortschritte macht. Ein mittelfristiges Programm zur Konsolidierung des Staatshaushaltes soll das Budgetdefizit von 270 Mrd. \$ (4½% des BIP) 1993 bis 1995 auf 200 Mrd. \$ (3% des BIP) senken. Die Staatsschuldenquote sollte ab 1994 auf rund 65% des BIP stabilisiert werden. Durch Steueranhebungen und Ausgabenkürzungen soll dieses Ziel erreicht werden. Die größte einzelne Steueränderung wird die Einkommensteuer betreffen: Der Höchstsatz steigt von 31% auf 39,6%. Der höchste Satz der Lohnsteuer wird (wegen der Anhebung der Höchstbemessungsgrundlagen für die Sozialversicherungssteuer) auf über 42% steigen. In der Körperschaftsteuer steigt der Höchstsatz um 1 Prozentpunkt auf 35%. Auf der Ausgabenseite sind die größten Einsparungen im Bereich der Rüstung vorgesehen. Die Struktur des Steuersystems wird in vieler Hinsicht umgestaltet. Das Gesundheitssystem soll grundlegend geändert werden, was nicht ohne Mehrbelastung zu realisieren ist. Die öffentliche Verwaltung soll stärker rationalisiert werden. In der Handelspolitik bedeutet die Annahme

¹⁾ Die Jahresrate errechnet sich aus der auf ein Jahr hochgerechneten Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Wirtschaftszahlen der USA

Übersicht 5

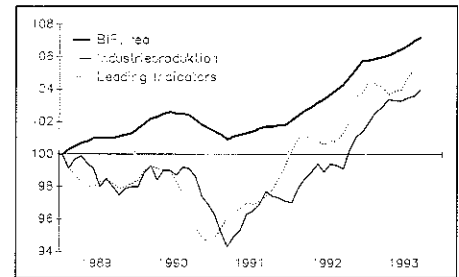
	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
Privater Konsum	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,5
Öffentliche Ausgaben	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 6,2	+ 9,5	+ 9,3	+ 8,0
Wohnungs- und Hausbau	+ 16,3	+ 7,5	+ 8,5	+ 6,5
Übrige Investitionen	+ 2,9	+ 10,5	+ 9,5	+ 8,5
Inländische Endnachfrage	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,0
Lagerbildung ¹⁾	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,0
Exporte i w S	+ 6,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 6,3
Waren	+ 6,4	+ 4,3	+ 5,0	+ 6,3
Importe i w S	+ 8,7	+ 9,3	+ 7,3	+ 7,0
Waren	+ 11,0	+ 10,0	+ 7,3	+ 7,0
Außenbeitrag ¹⁾	- 0,3	- 0,8	- 0,5	- 0,3
Brutto-Inlandsprodukt	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,8
Deflator	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5
Nominell	+ 5,5	+ 5,5	+ 5,5	+ 5,3
Produktivität				
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0

Q: OECD IMF nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

Wirtschaftszahlen der USA

Abbildung 5

Saisonbereinigt, Jänner 1989 = 100



der gedrückten Absatz- und Ertrags-erwartungen hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften verlangsamt (die Zahl der Überstunden geht stark zurück) Die Arbeitslosigkeit ist daher gestiegen (auf 2,7% der Erwerbspersonen im Oktober). Die Inflationsrate sprang vorübergehend im Sommer aufgrund witterungsbedingter Einflüsse auf knapp 2%, wird aber im Jahresdurchschnitt auf 1,3% zu liegen kommen

Angesichts der anhaltenden Rezession wurde im September 1993 das dritte Konjunkturprogramm angekündigt (die ersten zwei stammten von August 1992 und April 1993) Sein Volumen entspricht 1,3% des BIP, und es sieht vor allem verbilligte Kredite für den Wohnungsbau sowie für kleine und mittlere Betriebe vor. Laut OECD-Schätzungen werden darüber hinaus die öffentlichen Investitionen im Ausmaß von ¼% des BIP stimuliert. Ein wichtiger Aspekt des September-Pakets ist die Absicht, Schritte zur weiteren Deregulierung der Wirtschaft zu setzen (Förderung junger Unternehmen, Erleichterungen im Handel;

des NAFTA-Vertrags eine große Weichenstellung für die Integration Nordamerikas.

Angesichts der günstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird der Aufschwung auch 1994 anhalten. Niedrige Zinsen sollten den privaten Konsum und die Investitionen wieder stimulieren, nachdem sie bisher dazu benutzt wurden, die hohe Verschuldung von privaten Haushalten und Unternehmen abzutragen. Die infolge steigenden Absatzes im In- und Ausland günstigeren Gewinnerwartungen werden die Unternehmensinvestitionen ankurbeln. Das Defizit in der Leistungsbilanz wird weiter leicht steigen, da die Nachfrage im Import kräftiger zunehmen wird als im Export. Die Inflation wird auf niedrigem Niveau verharren, die Arbeitslosigkeit weiter sinken. Nach einem Wachstum des realen BIP von 3% 1994 ist für 1995 eine Verlangsamung auf unter 3% zu erwarten

Probleme (Überinvestition, zusammenbrechender Immobilienboom in Tokio, Verluste von Banken und Brokerhäusern infolge der Kurseinbrüche an der Börse) wird die stetige Yen-Aufwertung als ein neuer Schock empfunden, der Japans Exportchancen mindert. Die Unternehmer, um finanzielle Konsolidierung bemüht, schränken ihre Investitionen ein. Der private Konsum nahm kaum zu, da rezessionsbedingt die verfügbaren Einkommen nur wenig stiegen.

Der Wohnungsbau belebte sich dank staatlicher Förderungen und niedriger Zinsen. Aufgrund der Konjunkturprogramme sind vor allem die öffentlichen Investitionen stark gewachsen. Wegen der deutlichen Aufwertung des Yen hat sich der Außenbeitrag verringert. Das BIP dürfte im Jahresdurchschnitt 1993 real stagnieren. Als Folge

Enttäuschte

Aufschwungshoffnung in Japan

Japans Hoffnung, das etwas kräftigere Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn würde das Ende der Rezession bedeuten, hat sich nicht erfüllt. Nachfrage und Produktion sind in der Folge gesunken. Die Konjunkturflaute hielt bis in den Herbst hinein an. Das BIP stagnierte im Sommerhalbjahr real, und das Konjunkturklima verschlechterte sich unter dem Einfluß der starken Aufwertung des Yen. In einer Phase der Aufarbeitung alter

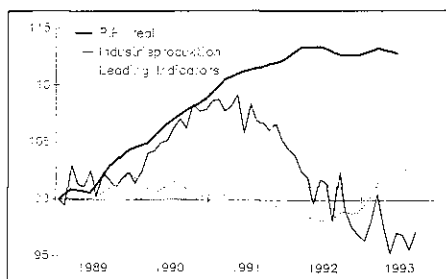
Wirtschaftszahlen Japans

Übersicht 6

	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
Privater Konsum	+1,7	+0,8	+2,3	+3,3
Öffentlicher Konsum	+2,4	+2,3	+1,8	+1,3
Brutto-Anlageinvestitionen	-1,0	-1,3	+2,5	+2,8
Inländische Endnachfrage	+0,8	+0,3	+2,3	+3,0
Lagerbildung ¹⁾	-0,2	-0,3	-0,0	±0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	+0,6	+0,0	+2,3	+3,0
Exporte i w S	+4,9	+1,3	-1,3	+2,3
Waren	+0,8	+0,8	-1,5	+2,0
Importe i w S	-0,0	+1,8	+1,5	+3,8
Waren	-0,7	+2,5	+1,5	+3,8
Außenbeitrag ¹⁾	+0,7	-0,0	-0,5	-0,3
Brutto-Inlandsprodukt	+1,3	±0,0	+2,0	+2,8
Deflator	+1,9	+1,0	+0,5	+0,5
Nominell	+3,2	+1,0	+2,5	+3,3
Produktivität				
BIP je Erwerbstätigen	+0,2	-0,8	+1,3	+2,0

Q: OECD IMF nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

**Wirtschaftszahlen
Japans** *Abbildung 6*
Saisonbereinigt, Jänner 1989 = 100



Stimulierung von Importen, Verringerung der administrativen Hürden im Export) Wegen des konjunkturbedingt geringeren Steueraufkommens und der Mehrausgaben für die Konjunkturprogramme wird das Budgetdefizit steigen (auf 1/2% des BIP 1993 und auf 1 1/2% 1994) Die Geldpolitik wurde ebenfalls gelockert, der Diskontsatz im September 1993 auf seinen bisher tiefsten Wert von 1,75% gesenkt Allerdings wird sich die Diskontsatzsenkung mehr in der Rentabilität der Banken auswirken als in einem Anstieg der Kreditnachfrage, da letztere infolge der trüben Absatz-erwartungen äußerst zurückhaltend ist

Das schwache Wachstum der japanischen Exportmärkte und die Effekte der Yen-Aufwertung bewirken einen deutlichen Rückgang der Exporte. Als Folge davon sinken die privaten Ausrüstungsinvestitionen. Die privaten Haushalte werden dagegen von der merklichen Verbesserung der Terms of Trade in Form höherer Kaufkraft profitieren. Die Konsumnachfrage dürfte sich daher bald wieder beleben. 1993 dürfte das BIP real stagnieren und 1994 um rund 2% wachsen, für 1995 wird eine Beschleunigung auf +2 3/4% angenommen Die Inflation wird hauptsächlich aufgrund des starken Aufwertungseffekts unter 1% bleiben. Die Arbeitslosigkeit wird angesichts des nach japanischen Maßstäben mäßigen Konjunkturaufschwungs weiter leicht steigen Der Überschuß in der Leistungsbilanz sollte sich wegen der Yen-Aufwertung von 3,3% des BIP 1993 auf 3% im Jahre 1995 verringern

Die gesamtwirtschaftliche Produktion sank in Westdeutschland im I. Quartal

saisonbereinigt um 2% Seither stagniert bzw. wächst das BIP real wieder leicht (II Quartal +0%, III Quartal +0,5%) In den ersten drei Quartalen 1993 lag es um 2,2% unter dem Vorjahresniveau Damit beginnt sich Westdeutschland von der tiefen Rezession langsam zu erholen In Ostdeutschland verharrt die Wirtschaft weiterhin in der Anpassungskrise. Das BIP lag zwar in den ersten drei Quartalen real um 6,0% über dem Vorjahresniveau, sein Wachstum hat sich aber gegenüber dem Vorjahr (+9,7% im Jahresdurchschnitt 1992) abgeschwächt In der gesamten Bun-

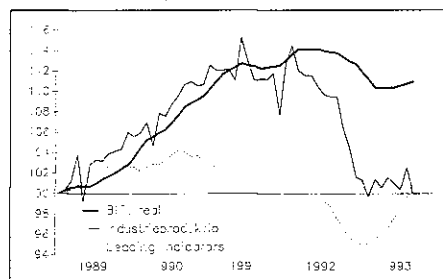
Unsicherheit über Zeitpunkt und Ausmaß des Aufschwungs in Deutschland

desrepublik Deutschland machte damit der Wachstumsverlust bis zum Herbst 1,6 Prozentpunkte aus. Die Kapazitätsauslastung und die Zahl der Erwerbstätigen gingen merklich zurück. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Oktober 1993 in Westdeutschland mit 2,4 Mill. ihr bisher höchstes Niveau (Arbeitslosenquote 7 1/2%) In Ostdeutschland betrug sie 1,2 Mill. (15 1/4%).

Trotz tiefer Rezession hat die Inflation kaum nachgelassen. Zum einen geht dies auf die Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer mit Jahresbeginn 1993 von 14% auf 15% zurück (Inflationsbeitrag 3/4 Prozentpunkte), zum anderen war der Preisanstieg im Dienstleistungssektor infolge der Anhebung verschiedener Gebühren (Versicherungen, amtlich geregelte Preise) überproportional hoch Bis zum Herbst verharrte die Inflationsrate bei rund 4% Erst danach begann sie leicht zu sinken (November 3,7%).

Auf der Nachfrageseite war in Westdeutschland im 1. Halbjahr 1993 ein empfindlicher Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen sowie im öffentlichen und privaten Konsum zu verzeichnen. Die seit den ersten Turbulenzen im EWS im September des Vorjahres gemessene reale Aufwertung der DM von rund 12% sowie das schrumpfende Marktwachstum hatten starke Einbrüche im westdeutschen

**Wirtschaftszahlen
Westdeutschlands** *Abbildung 7*
Saisonbereinigt, Jänner 1989 = 100



Export zur Folge Jüngste Konjunkturindikatoren (Auftragsstatistik, Ifo-Geschäftsklimaindex) lassen aber den Schluß zu, daß kein weiterer Konjunkturrückschlag bevorsteht

Die Wirtschaftspolitik steht weiterhin unter dem Zwang des finanziellen Managements der Wiedervereinigung Die in den letzten zwei Jahren deutlich über dem Zielkorridor wachsende Geldmenge und die daraus resultierende Gefahr der Inflationsbeschleunigung veranlaßten die Deutsche Bundesbank, einen restriktiven geldpolitischen Kurs einzuschlagen Die im Herbst 1992 eingeleitete Lockerung war weder für die deutsche Wirtschaft noch für die EWS-Partnerländer ausreichend: Das Zinsniveau wurde schrittweise gesenkt und liegt seit September 1993 bei 5 1/2% (Diskontsatz) bzw. 6 3/4% (Lombardsatz) und damit um 3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau Die Zinsstruktur²⁾ ist anhaltend invers (die kurzfristigen Zinsen sind höher als die langfristigen) Andererseits hat die nationale Zentrierung der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank die Krise im EWS mitverursacht Weitere Zinssenkungen (insbesondere im kurzfristigen Bereich) sind daher angesichts der anhaltenden Stagnation der deutschen Wirtschaft notwendig

Die Finanzpolitik steht vor dem Dilemma, einerseits die hohen Transfers nach Ostdeutschland zu finanzieren und andererseits das Staatsdefizit nicht explodieren zu lassen, um letztlich die im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion der EU erforderlichen Konvergenzkriterien für den Eintritt in die dritte Stufe (Einheitswährung) nicht zu verfehlen. Die Ein-

²⁾ Verhältnis zwischen kurz- und langfristigen Zinssätzen — Yield-Kurve; eine positive Yield-Kurve signalisiert im allgemeinen einen beginnenden Konjunkturaufschwung

sparungsmaßnahmen in Gesundheitswesen und Arbeitsmarktpolitik dämpfen zwar die Staatsausgaben, andererseits steigen rezessionsbedingt die Sozialtransfers (Arbeitslosengeld) 1994 soll ein Einsparungsprogramm in Höhe von 21 Mrd. DM den Anstieg der Neuverschuldung beschränken. Gekürzt werden sollen verschiedene Sozialtransfers (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitsgeld, Erziehungsgeld, Kindergeld). Eine Reihe von Steuern wird 1994 angehoben (Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-Pkw, „Kohlepfeffig“). Entlastungen bringt ein Programm zur Standortsicherung im Bereich der Einkommensteuer (Senkung des Spitzensatzes für gewerbliche Einkünfte von 53% auf 47%) und Körperschaftsteuer (von 50% auf 45%) 1995 wird der Zuschlag zur Einkommensteuer von 7,5% wieder eingeführt. Diese Maßnahmen sollten dazu beitragen, die Ausweitung des Defizits im Staatshaushalt zu bremsen. Das Defizit des Staatshaushaltes laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung wird 1993 nach dem Gemeinschaftsgutachten der sechs deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute 107 Mrd. DM betragen, nach Schätzungen der OECD 125 Mrd. DM (oder 4,1% des BIP). Für die Jahre 1994 und 1995 wird mit einer Stabilisierung auf diesem Niveau bzw. einer Senkung (OECD) gerechnet, sodaß 1995 das Staatsdefizit knapp über 3% des BIP ausmachen dürfte. Allerdings ist zu diesem Defizit laut VGR die Kreditaufnahme der Treuhand (die 1995 ihre Aktivitäten einstellen wird) hinzuzurechnen (1993 37 Mrd. DM und 1994 44 Mrd. DM). Dadurch wäre das Defizit des Gesamtstaates 1993 und 1994 um jeweils mehr als 1% des BIP höher (5% bzw. 4½%). Der Finanztransfer von West- nach Ostdeutschland wird auch im kommenden Jahr nahezu 170 Mrd. DM erfordern (nach 150 Mrd. DM 1992 und 163 Mrd. DM 1993). Er entspricht damit 1993 rund 60% und 1994 54% des ostdeutschen und jeweils 5¾% des westdeutschen BIP.

Bestimmendes Thema der wirtschaftspolitischen Diskussion ist gegenwärtig die Frage der Wettbewerbsfähigkeit des „Standortes Deutschland“. Ausgangspunkt ist die Ansicht daß die gegenwärtige Krise

kein reines Konjunkturphänomen, sondern zu einem wichtigen Teil auch auf Strukturschwächen zurückzuführen sei. Der Billiglohnkonkurrenz aus dem Osten sowie der zu raschen Angleichung der Löhne in Ostdeutschland an den Standard in Westdeutschland begegnet die Wirtschaft mit Anstrengungen die Produktionskosten durch Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich und Rationalisierung (lean production) zu kürzen. Bei VW wurde die 4-Tage-Woche mit Lohnkürzung um 10% vereinbart. Auch mit steuerlichen Anreizen wird versucht, den Standort Deutschland attraktiver zu machen. In Ostdeutschland überstieg das Produktivitätswachstum jenes der Reallöhne deutlich: 1993 und 1994 steigt die Produktivität um rund 10%, die Reallöhne aber nur um etwa 3½%. Dies bedeutet eine Umverteilung zugunsten der Unternehmen. Allerdings liegt die Lohnquote immer noch deutlich über 100% des Volkseinkommens. Bei einem Zurückbleiben der Reallöhne hinter dem Produktivitätswachstum um 5 Prozentpunkte pro Jahr wäre die westdeutsche Verteilungsrelation erst nach 6 bis 7 Jahren erreicht.

Angesichts der nur schwachen Anzeichen einer internationalen Konjunkturbelebung, fiskalpolitischer Restriktionen und ungenügender Lockerung der Geldpolitik sowie des unsicheren Ausgangs der Experimente in der Lohn- und Arbeitszeitpolitik sind die Wachstumsaussichten für Deutschland getrübt. Der private Konsum wird auch 1994 real schrumpfen, da Steuererhebungen zu Jahresbeginn das verfügbare Einkommen mindern. Die wieder etwas anziehende Auslandsnachfrage und sinkende Lohnkosten sowie niedrigere Zinsen dürften die Ausrüstungsinvestitionen beleben. Die Baukonjunktur wird insgesamt wenig dynamisch verlaufen. Ihre wichtigste Stütze ist der Wohnungsbau, während der Wirtschaftsbau flau bleibt. Die Perspektiven für den Export hängen sehr stark vom weiteren internationalen Konjunkturverlauf ab.

Die Ungewißheit sowohl über den weiteren Verlauf der internationalen Konjunktur als auch über die tatsächliche Lage der deutschen Wirtschaft spiegeln sich in der großen Spannweite der Prognosen. Fünf der sechs deut-

schen Forschungsinstitute erwarten in ihrem gemeinschaftlichen Herbstgutachten eine Erholung der westdeutschen Wirtschaft bereits ab dem II Quartal 1994. Im Jahresdurchschnitt 1994 soll das BIP in Westdeutschland real um 1% zunehmen (nach -2% 1993). Für Ostdeutschland wird eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums von 6% 1993 auf 7% 1994 angenommen. Insgesamt ergibt sich daraus für Deutschland eine reale Wachstumsrate des BIP von 1,5% 1994 (nach -1,5% 1993).

Abweichend davon ist das Deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut (DIW) in Berlin sehr pessimistisch: Der Aufschwung wird erst zur Jahresmitte 1994 einsetzen, und im Jahresdurchschnitt wird das BIP Westdeutschlands real um ½% sinken, jenes Ostdeutschlands um nur 5% wachsen. Der Sachverständigenrat ist ebenfalls bezüglich eines raschen Aufschwungs sehr skeptisch: Er prognostiziert für 1994 für Westdeutschland eine Stagnation, für Ostdeutschland ein Wachstum von 7,5%.

Das WIFO folgt hier eher einer Kompromißprognose der OECD und erwartet für Westdeutschland ein geringfügiges Wachstum von ¼%. Bis 1995 sollte sich der Aufschwung beschleunigen (BIP real +1¼%). Das Defizit in der Leistungsbilanz wird nach einem vorläufigen Höhepunkt 1993 (1,3% des BIP) in den kommenden Jahren wieder auf rund 1% des BIP sinken. Angesichts der nur schwachen Konjunkturbelebung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärfen. Die Arbeitslosenquote dürfte 1995 auf nahezu 11% steigen, das bedeutet eine Arbeitslosenzahl von 4 Mill. Die Inflation wird sich weiter auf 2¼% 1995 zurückbilden.

Westeuropa im Banne von Währungskrise und Anpassung an die WWU

Das Inkrafttreten des Binnenmarktes per 1. Jänner 1993 hat die Konjunktur kaum beeinflusst. Dagegen löste das Inkrafttreten der Europäischen Union (EU; am 1. November 1993) wegen ihres integrationspolitischen Zieles der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), an deren Ende eine Einheitswährung stehen soll, vielfache kurzfristige Anpassungsprozesse aus:

Wirtschaftszahlen der BRD

Übersicht 7

	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
<i>Westdeutschland</i>				
Privater Konsum	+10	-0,8	-0,8	+10
Öffentlicher Konsum	+25	-10	+15	+15
Brutto-Anlageinvestitionen	+15	-5,8	+0,8	+40
Ausrüstungsinvestitionen	-27	-13,3	+10	+50
Bauinvestitionen	+56	+0,5	+0,8	+3,5
Inländische Endnachfrage	+14	-20	+0,0	+18
Lagerbildung ¹⁾	+0,2	-0,0	+0,0	+0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	+16	-20	+0,0	+18
Exporte i. w. S.	+32	-5,5	+2,3	+5,3
Waren ²⁾	+20	-5,5	+2,5	+5,0
Importe i. w. S.	+35	-7,0	+2,0	+5,8
Waren ²⁾	+23	-7,5	+1,3	+5,0
Außenbeitrag ¹⁾	-0,0	-0,0	+0,3	+0,0
Brutto-Inlandsprodukt	+16	-20	+0,3	+18
Deflator	+45	+3,5	+2,5	+2,0
Nominell	+61	+1,5	+2,8	+3,8
Produktivität				
BIP je Erwerbstätigen	+0,7	-0,5	+1,5	+1,5
<i>Ostdeutschland</i>				
Brutto-Inlandsprodukt	+9,7	+6,5	+6,5	+10,5
<i>BRD</i>				
Brutto-Inlandsprodukt	+2,1	-1,3	+0,8	+2,5

Q: OECD Gemeinschaftsgutachten der fünf deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, Sachverständigenrat — ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten. — ²⁾ Deutschland

— Zum einen bewirkten verschiedene Faktoren (Überbewertung einiger Währungen, zu geringe Konvergenz in der Wirtschaftsentwicklung, die infolge der Wiedervereinigung zu restriktive Geldpolitik in Deutschland) Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS) und erforderten letztlich die Aufgabe des engen Korsetts für Wechselkursschwankungen. Seit August 1993 ist das EWS mit einer Bandbreite von 15% de facto zu einem flexiblen Wechselkurssystem mutiert. Als Folge der seit September 1992 auftretenden Krisen im EWS haben die meisten Währungen der EG und auch einige außerhalb der EG (insbesondere die skandinavischen) stark abgewertet (Abbildungen 2 und 3). Letztlich haben nur wenige europäische Währungen die EWS-Krisen unbeschadet überstanden (DM, holländischer Gulden, Schweizer Franken und der Schilling). Die Währungsturbulenzen brachten mehr Instabilität in die europäischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Wettbewerbsposition der Abwertungsländer hat sich (kurzfristig) verbessert, jene der Hartwährungsländer verschlechtert.

— Zum anderen zwingt der Plan der EU, mit der WWU eine Einheits-

währung einzuführen, jene Länder, die die Konvergenzkriterien (insbesondere bezüglich Budgetdefizit und Staatsverschuldung) noch nicht erfüllen, ihre Staatsfinanzen zu konsolidieren. Die dazu erforderliche restriktive Fiskalpolitik dämpft in einer Reihe von EG-Ländern die Konjunktur der nächsten Jahre.

Voraussichtlich am 1. Jänner 1994 tritt der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) in Kraft. Damit wird ein weiterer integrationspolitischer Schritt in Europa gesetzt, der den EFTA-Staaten annähernd gleiche Binnenmarktqualität wie den EG-Staaten sichern sollte (Ausnahmen: kein gemeinsamer Agrarmarkt, keine Zollunion, keine Einheitswährung). Parallel dazu verhandeln vier EFTA-Staaten über einen EU-Beitritt. Neben diesen westeuropäischen Integrationsaktivitäten ist die Ostöffnung zunehmend sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung für die Ost-West-Handelsbeziehungen.

Dieser integrationspolitische Hintergrund gibt den komplexen Rahmen ab, innerhalb dessen die westeuropäischen Volkswirtschaften kurz- und mittelfristig agieren müssen. Das BIP von OECD-Europa dürfte 1993 um ¼% schrumpfen, 1994 (+1½%) und 1995 (+2½%) wieder leicht wachsen. Ne-

ben Westdeutschland (-2%) und Belgien (-1¼%) ist die Rezession heuer in Finnland (-2¼%) und Schweden (-2½%) sowie Frankreich und Spanien mit jeweils -1% am stärksten ausgeprägt. Um weniger als 1% schrumpft das BIP 1993 real in Italien, den Niederlanden, Portugal, der Schweiz und Österreich.

Die am längsten andauernde und tiefste Rezession erlebten Finnland im Zuge der Ostöffnung und Schweden aus strukturellen Gründen. In beiden Ländern ist das BIP seit 1991 real rückläufig. Lediglich drei europäische Länder (Irland, Norwegen, Türkei) erzielen 1993 ein BIP-Wachstum von real mehr als 2%. Mit Ausnahme Finnlands und Islands, die auch 1994 noch mit einem leichten BIP-Rückgang rechnen müssen, wird für alle westeuropäischen Länder ab 1994 ein Wirtschaftswachstum erwartet. Es reicht von +¼% in Westdeutschland bis zu +3½% in Norwegen und +5% in der Türkei. Für 1995 ist die Streuung der Wachstumsraten bereits wesentlich geringer. Die Prognosen für die meisten Länder liegen im Bereich des OECD-Durchschnitts von +2½% bis +2¾%.

Mit Ausnahme von Belgien, den Niederlanden, Portugal und Spanien ließen die Rezession und der angebotsseitige Druck auf dem Arbeitsmarkt (durch die Ostöffnung) die Arbeitslosenquote seit 1991 in den europäischen Ländern über den Trend von 1985/1989 steigen. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in den skandinavischen Ländern, vor allem in Finnland. Im schwachen Konjunkturaufschwung der kommenden Jahre wird die Arbeitslosigkeit in allen Ländern weiter zunehmen. Zwar weisen jene Länder, die seit dem Vorjahr stark abgewertet haben, im Durchschnitt eine höhere Inflation auf als der EG-Durchschnitt (Übersicht 2), doch lassen die Prognosen keine Lohn-Preis-Spirale erkennen. In fast allen Staaten gibt der Preisauftrieb infolge des nur mäßigen Konjunkturaufschwungs nach. Auch die der Leistungsbilanzprognosen geben keinen eindeutigen Hinweis darauf, daß die Abwertungsländer ihre Position wesentlich verbessern und die Aufwertungsländer ihre Position verschlechtern würden. Die relativen Preiseffekte werden offenbar von den Einkom-

Wirtschaftswachstum in Osteuropa und der GUS *Übersicht 8*

Brutto-Inlandsprodukt

	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
Bulgarien	- 7,7	- 5	- 1	+ 2
Slowakei	- 7,0	- 7	± 0	+ 2
Tschechien	- 7,1	± 0	+ 2	+ 5
Ungarn	- 4,5	- 2	+ 2	+ 1
Polen	+ 1,0	+ 4	+ 4	+ 3
Rumänien	- 15,4	- 5	- 3	± 0
Rußland	- 18,5	- 15	- 6	+ 1
Ukraine	- 14,0	- 15	- 10	± 0

Q: Nationale Veröffentlichungen OECD WIIW

menseffekten aus der unterschiedlichen Wachstumsentwicklung dominiert.

Schleppende Erholung in Osteuropa

In Polen ist die Erholung von der schweren Anpassungskrise am deutlichsten fortgeschritten. Das BIP wird 1993 real um 4% steigen, nach +1% im Vorjahr. Nach einer schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion

in Tschechien und Ungarn stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt wird für Tschechien mit einer Stagnation gerechnet, und in Ungarn dürfte das BIP real um rund 2% sinken. Die Trennung der ČSFR belastet offenbar die Slowakei mehr als Tschechien; eine Erholung der Wirtschaft wird hier nicht vor 1994 erwartet. In den anderen Oststaaten (Bulgarien und Rumänien) sowie in den Nachfolgestaaten der UdSSR ist mangels konsistenter Wirtschaftsreformen noch keine Belebung zu erkennen. Während die Volkswirtschaften Ost-Mitteleuropas (Višegrad-Länder) ab 1994 wachsen werden, ist in den anderen Oststaaten frühestens 1995 mit einem Ende des Schrumpfungsprozesses zu rechnen (Übersicht 8). Die Inflation wird die Wirtschaftspolitik weiterhin vor Probleme stellen. Zwar konnte Polen die Inflationsrate von nahezu 600% im Jahr 1990 auf 43% 1992 zurückführen. Seither wurden aber keine weiteren Fortschritte gemacht (1993 40%, 1994 35%, 1995 30%). Den geringsten Preisauftrieb weisen Tschechien (1993 + 18%), die Slowakei (25%) und Ungarn (23%) auf. Bulgarien und Ru-

mänien stehen 1993 Raten von 60% bzw. 275% gegenüber. Rußland weist eine Hyperinflation von über 1 000%, die Ukraine sogar von 4 000% auf. Das Geld- und Währungssystem ist in den Nachfolgestaaten der UdSSR noch nicht konsolidiert, zum Teil wird mit eigenen Währungen oder Parallelwährungen experimentiert. Dadurch ist die Kontrolle der Geldmenge kaum gewährleistet.

Zwar wurde durch die „Europaverträge“ zwischen der EG und den Višegrad-Staaten ein handelspolitischer Ersatz für den Ausfall des RGW-Handels in die Wege geleitet, doch hat die Rezession in Westeuropa die Absatzchancen erheblich eingeschränkt. Damit werden sich die Leistungsbilanzen der meisten Oststaaten passivieren: in Polen und Ungarn im Ausmaß von 2% des BIP, in Bulgarien und Rumänien rund 1½% des BIP und in der GUS nach Schätzungen der OECD von 6% bis 8% in den kommenden zwei Jahren. Lediglich für Tschechien und die Slowakei wird mit einer ausgeglicheneren Leistungsbilanz gerechnet.

Ueberreuter  Offsetdruck

*Wo Service
kein Fremdwort
ist!*

- AKTIEN
- BROSCHUREN
- BUCHER
- FLUGBLÄTTER
- GESCHÄFTSBERICHTE
- GESCHÄFTSDRUCKSORTEN
- KALENDER
- KATALOGE
- PROSPEKTE
- WERTPAPIERE
- ZEITSCHRIFTEN

2100 KORNEUBURG, INDUSTRIESTRASSE 1

0 22 62/55 55-0